Flüchtlingsmigration

Was ist dran an den Ängsten in der Bevölkerung?

Oktober 2016

MEDIENDIENST INTEGRATION
Schiffbauerdamm 40 | Raum 2107
10117 Berlin

Telefon: +49 30 200 764 80
mail@mediendienst-integration.de

Mehrere Umfragen aus den letzten Monaten zeigen: Die hohe Zahl von Flüchtlingen bereitet vielen Menschen in Deutschland Sorge. Die Befürchtungen ließen sogar andere Ängste in den Hintergrund rücken, wie zum Beispiel die vor Arbeitslosigkeit oder Armut.[1] Was genau aber beunruhigt Menschen mit Blick auf die Flüchtlingsmigration? Und was ist dran an den Befürchtungen? Der MEDIENDIENST hat die „größten" Ängste recherchiert und ihnen Zahlen, Statistiken und Studien gegenübergestellt.

1. „Flüchtlinge nehmen Einheimischen die Jobs weg." 3
2. „Die Sozialausgaben steigen." 4
3. „Der Zuzug von Flüchtlingen ist schlecht für die deutsche Wirtschaft." 4
4. „Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt." 5
5. „Die Gefahr von Terroranschlägen nimmt zu." 5
6. „Die Kriminalität nimmt zu." 6
7. „Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt wird größer." 7
8. „Die Qualität des Schulunterrichts sinkt." 8
9. „Die Behörden sind überfordert." 8
10. „Der Einfluss des Islams wird zu stark." 10

[1] GfK Verein, Pressemitteilung zur Studie „Challenges of Nations 2016"

➡ „Flüchtlinge nehmen Einheimischen die Jobs weg.“[2]

Laut Arbeitsmarkt-Experten ist nicht zu befürchten, dass Arbeitnehmer durch Flüchtlinge „in größerem Umfang" verdrängt werden.[3] Das hat drei Gründe:

1. Viele Flüchtlinge arbeiten in den ersten Jahren nach ihrer Ankunft im Niedriglohnsektor – in Berufen, in denen Deutsche immer seltener vertreten sind. Arbeitsmarktforscher gehen deshalb nicht von einem „Wettbewerbsdruck" aus.[4]

2. In einigen Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit haben Asylbewerber in den ersten 15 Monaten nur eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Sie können sich zwar um eine Arbeit bemühen, es gilt jedoch das „Vorrangprinzip". Das heißt: Deutsche, EU-Bürger und „sonstige bevorrechtigte ausländische Arbeitnehmer“[5] haben zuerst Anrecht auf eine Stelle.[6]

3. Die Zahl der Personen im berufsfähigen Alter („Erwerbspersonenpotenzial") ist durch die Flüchtlingsmigration nicht so stark angestiegen, als dass deutsche Arbeitnehmer Nachteile befürchten müssten, erklärt das „Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung".[7]

Eine Studie aus Dänemark weist darauf hin, dass der Zuzug von Flüchtlingen sogar zu besseren Arbeitsbedingungen für einheimische Arbeitnehmer führen kann. Wegen mangelnder Sprachkenntnisse könnten Schutzsuchende zunächst meist nur in niedrigqualifizierten Jobs tätig sein. Für einheimische Arbeitnehmer, die in diesem Sektor beschäftigt sind, biete das die Möglichkeit, komplexere Aufgaben zu übernehmen und in Positionen aufzusteigen, die besser bezahlt sind.[8] Dass sich dies auf Dauer negativ auf die Teilhabechancen von Geflüchteten auswirkt, steht auf einem anderen Blatt.

Mit Blick auf das Thema Armut liefert eine Analyse des gewerkschaftsnahen „Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts" interessante Ergebnisse. Demnach ist das Armutsrisiko in Deutschland durch die Flüchtlingsmigration gestiegen. Davon seien jedoch ausschließlich Menschen mit Migrationshintergrund betroffen, nicht aber Angehörige der Mehrheitsgesellschaft.[9]

---

[2] Pew Research Center, Europeans Fear Wave of Refugees Will Mean More Terrorism, Fewer Jobs, 2016
[3] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bericht 14/2015, Seite 8
[4] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bericht 14/2015, Seite 8; Interview mit Herbert Brücker, Zeit Online, 19.05.2016
[5] Dazu gehören Bürger aus dem EWR-Raum, der Schweiz sowie Ausländer mit unbefristetem Aufenthaltsstatus.
[6] § 39 des Aufenthaltsgesetzes, siehe hierzu auch: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, FAQ „Zugang zum Arbeitsmarkt für geflüchtete Menschen", 2016, Seite 4; Zum 6. August 2016 wurde die Vorrangprüfung in 133 von insgesamt 156 Agenturbezirken der „Bundesagentur für Arbeit“ für drei Jahre ausgesetzt.
[7] Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Bericht 14/2015, Seite 8
[8] American Economic Journal, Immigrants’ Effect on Native Workers, 2016; „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 13.05.2016
[9] Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut, Kurzanalyse, 2016

➡ „Die Sozialausgaben steigen.“[10]

Im Haushaltsentwurf der Bundesregierung sind für das Jahr 2017 rund 171 Milliarden Euro für Sozialausgaben geplant. Das sind etwa 10 Milliarden mehr als in diesem Jahr. Die Mehrausgaben sind jedoch nicht allein für Flüchtlinge vorgesehen. Ein Großteil soll in andere sozialpolitische Maßnahmen fließen, zum Beispiel in die Erhöhung des Wohngeldes, in das sogenannte „Elterngeld-Plus“ sowie in Verbesserungen für Rentner.[11]

Ressortübergreifend sind für die Flüchtlings- und Asylpolitik Ausgaben von knapp 19 Milliarden Euro geplant. Das entspricht rund 6 Prozent des Gesamtbudgets für 2017 (rund 329 Milliarden Euro).[12] Ökonomen gehen davon aus, dass sich diese Ausgaben auf lange Sicht lohnen können. So könnten Flüchtlinge nach einer erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt die Wirtschaft positiv beeinflussen (siehe unten).[13]

➡ „Der Zuzug von Flüchtlingen ist schlecht für die deutsche Wirtschaft.“[14]

Behörden und Wissenschaftler sind sich einig: Welchen Einfluss Flüchtlinge auf die deutsche Wirtschaft haben, hängt maßgeblich davon ab, wie schnell sie auf dem Arbeitsmarkt integriert werden. Das wiederum sei abhängig davon, wie zügig über ihre Asylanträge entschieden wird, in welchem Umfang sie Sprachförderung erhalten und wie viel der Staat in ihre Bildung, Ausbildung und Arbeitsvermittlung investiert.[15]

Bislang gibt es keine Hinweise darauf, dass die hohe Zahl von Flüchtlingen die deutsche Wirtschaft schrumpfen lässt. Im Gegenteil prognostizieren Behörden und Experten ein Wirtschaftswachstum:

- Die Bundesregierung rechnet für 2016 mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,7 Prozent. Für das Jahr 2017 prognostiziert sie einen etwas geringeren Anstieg von 1,5 Prozent.[16]

---

[10] infratest dimap, Umfrage nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, 2016
[11] Bundesministerium der Finanzen, Auch in den nächsten Jahren: keine neuen Schulden!, 2016, Seite 16; Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf 2017 und Finanzplan bis 2020
[12] Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung zum Haushaltsentwurf 2017 und Finanzplan bis 2020
[13] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 45.2015, 2015
[14] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 8.2016, 2016; Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration, Integrationsbarometer 2016, Seite 3; Infratest dimap, ARD-Deutschlandtrend 2015, Seite 13
[15] Bundesministerium für Wirtschaft und Energie auf Anfrage des MEDIENDIENSTES, 30.09.2016; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Zuwanderungsmonitor September 2016, Seite 1
[16] Bundesregierung, Frühjahrprojektion 2016

- Auch Wirtschaftsforschungsinstitute gehen von einem „moderaten Aufschwung" aus und berechnen für 2016 ein Wirtschaftswachstum von 1,9 Prozent, für 2017 einen Anstieg von 1,4 Prozent und für 2018 ein Wachstum von 1,6 Prozent.[17]
- Experten des „Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung" gehen sogar davon aus, dass die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen langfristig dazu führen wird, dass alteingesessene Arbeitnehmer im Schnitt etwa 0,5 Prozent mehr verdienen als zuvor.[18]

➡ „Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte steigt.“[19]

Eine weitere Verschuldung der öffentlichen Haushalte ist derzeit nicht in Sicht. Im Gegenteil: Laut dem Statistischen Bundesamt erzielten Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung im ersten Halbjahr 2016 einen Haushaltsüberschuss von insgesamt 18,5 Milliarden Euro.[20] Sollte diese Entwicklung bis zum Jahresende anhalten, könnte das der dritte Überschuss in Folge sein: 2015[21] nahmen alle staatlichen Ebenen 19 Milliarden Euro mehr ein als sie ausgaben, 2014[22] waren es 18 Milliarden.

➡ „Die Gefahr von Terroranschlägen nimmt zu.“[23]

„Die meisten Terroristen, die in den letzten Monaten in Europa Anschläge begangen haben, waren keine Flüchtlinge“, sagte die stellvertretende Regierungssprecherin Ulrike Demmer im Juli 2016 bei einer Pressekonferenz. Diese Erkenntnis decke sich „mit aktuellen Untersuchungen, nach denen die Gefahr des Terrorismus nicht größer und nicht kleiner ist als in der übrigen Bevölkerung“, so Demmer.[24] Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) betonte kürzlich, islamistischer Terrorismus sei ein Phänomen, das nicht „durch die Flüchtlinge zu uns gekommen ist, sondern das wir auch schon vorher hatten.“[25]

---

[17] Wirtschaftsforschungsinstitute der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, Herbstgutachten 2016
[18] Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht Nr. 45.2015, Seite 1087
[19] infratest dimap, Umfrage für den Mitteldeutschen Rundfunk Sachsen, 2015; infratest dimap, Umfrage für den Bayerischen Rundfunk, 2016, Seite 5; infratest dimap, Umfrage für den Norddeutschen Rundfunk, 2016
[20] Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 24.08.2016
[21] Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 23.02.2016
[22] Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 24.02.2015
[23] infratest dimap, Umfrage im Auftrag des Bayerischen Rundfunks, 2015, Seite 5; Pew Research Center, Europeans Fear Wave of Refugees Will Mean More Terrorism, Fewer Jobs, 2016; Ipsos, Studie zur Flüchtlingsthematik, 2016; Insa Consulere, Umfrage für die Evangelische Nachrichtenagentur idea, 2016
[24] Regierungspressekonferenz vom 25. Juli 2016
[25] Süddeutsche Zeitung, 18. August 2016

Sicherheitsbehörden sehen drei mögliche Risiken in Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration:

- Unter den Schutzsuchenden könnten sich „aktive und ehemalige Mitglieder, Unterstützer und Sympathisanten terroristischer Organisationen (...) sowie Einzelpersonen mit extremistischer Gesinnung und/oder islamistisch motivierte Kriegsverbrecher befinden".[26] Laut Bundeskriminalamt (BKA) haben die Sicherheitsbehörden bislang 427 entsprechende Hinweise erhalten. In 68 Fällen werde derzeit ermittelt.[27]

- Mitglieder und Unterstützer von Terrororganisationen könnten gezielt als Flüchtlinge eingeschleust werden, um in Deutschland Anschläge zu begehen. Nach Angaben des BKA handelt es sich hierbei jedoch um Einzelfälle.[28]

- Laut Verfassungsschutz-Präsident Hans-Georg Maaßen haben militante Islamisten in mehr als 340 Fällen versucht, Kontakt zu Flüchtlingen aufzunehmen und sie für ihre Zwecke anzuwerben.[29]

➡ „Die Kriminalität nimmt zu."[30]

Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) geht davon aus, dass „Flüchtlinge im Durchschnitt genauso wenig oder oft straffällig werden wie Vergleichsgruppen der hiesigen Bevölkerung."[31] Kriminalstatistiken liefern keine belastbaren Hinweise darauf, dass die Kriminalität durch den Zuzug von Flüchtlingen gestiegen ist:

- 2015 wurden bundesweit rund 6 Millionen Straftaten registriert (ohne ausländerrechtliche Verstöße). Das entspricht dem Niveau der Vorjahre. Auch die Zahl der Tatverdächtigen ist mit rund 2 Millionen in etwa gleich geblieben.[32]

- Von den 2 Millionen registrierten Tatverdächtigen waren etwa 84.000 Asylbewerber. Die weit überwiegende Mehrheit der Schutzsuchenden ist nicht als Tatverdächtige aufgefallen.[33]

---

[26] Bundesministerium des Innern, Verfassungsschutzbericht 2015, Seite 164
[27] Bundeskriminalamt auf Anfrage des MEDIENDIENSTES, 30.09.2016
[28] Bundeskriminalamt auf Anfrage des MEDIENDIENSTES, 30.09.2016
[29] Bundesamt für Verfassungsschutz, Zahlreiche Kontaktversuche von Islamisten unter Flüchtlingen, 15.08.2016
[30] infratest dimap, Umfrage für den Mitteldeutschen Rundfunk Sachsen, 2015; infratest dimap, Umfrage für den Bayerischen Rundfunk, 2016, Seite 5; infratest dimap, Umfrage für den Norddeutschen Rundfunk, 2016; Pew Research Center, Europeans Fear Wave of Refugees Will Mean More Terrorism, Fewer Jobs, 2016; infratest dimap, Umfrage nach der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, 2016; Insa Consulere, Umfrage für die Evangelische Nachrichtenagentur idea, 2016
[31] Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 13.11.2015
[32] Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 23.05.2016
[33] Bundeskriminalamt, Polizeiliche Kriminalstatistik 2015, Standardtabelle 61, eigene Berechnung; Christian Walburg, Gutachten im Auftrag des MEDIENDIENSTES, 2016, Seite 30

- Die Zahl der Straftaten, bei denen Personen mit Bezug zum Asylverfahren verdächtigt wurden, ist rückläufig: Von Januar bis Juni 2016 sank sie um mehr als ein Drittel. Mit Ladendiebstahl und Fahren ohne Ticket standen zwei Bagatelldelikte im Vordergrund. Sexualdelikte machten etwa ein Prozent der Straftaten aus.[34]

- In einem Gutachten für den MEDIENDIENST stellt der Kriminologe Christian Walburg fest: „Menschen aus den gegenwärtig größten Herkunftsgruppen (Syrien, Irak, aber auch Afghanistan) mit überwiegend günstiger Bleibeperspektive, Zugang zu Integrationskursen, zu Bildungsangeboten und Aussicht auf Zugang zum Arbeitsmarkt fallen bislang erheblich unterdurchschnittlich mit Straftaten auf. Höher sind die Anteile bei Menschen aus Ländern mit geringer Bleibeperspektive." Für die Prävention von Kriminalität sei es deshalb wichtig, Flüchtlingen schnell Zugang zu Bildung und Arbeit zu gewähren.[35]

➡ „Die Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt wird größer.“[36]

In Deutschland fehlt es insbesondere in Großstädten an bezahlbarem Wohnraum. Hierfür ist jedoch nicht der Zuzug von Flüchtlingen verantwortlich, wie eine Recherche des MEDIENDIENSTES zeigt:

- Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum hat eine lange Vorgeschichte. Er wurde zwar durch die hohen Flüchtlingszahlen weiter verschärft, ist jedoch nicht die Folge der Flüchtlingsmigration.

- Die Baumaßnahmen, die viele Städte eingeleitet haben, um Wohnraum unter anderem für Flüchtlinge zu schaffen, bringen zum ersten Mal seit zwei Jahrzehnten Bewegung in den Wohnungsbau-Sektor – vor allem im preisgünstigen Segment. Der Zuzug von Flüchtlingen könnte somit dazu beitragen, dass mehr günstiger Wohnraum entsteht, von dem alle profitieren.[37]

---

[34] Bundeskriminalamt, Kriminalität im Kontext von Zuwanderung, Seite 4
[35] Christian Walburg, Gutachten im Auftrag des MEDIENDIENSTES, 2016, Seite 30
[36] infratest dimap, Umfrage für den Bayerischen Rundfunk, 2016, Seite 5; infratest dimap, Umfrage für den Norddeutschen Rundfunk, 2016; infratest dimap, Umfrage für den Mitteldeutschen Rundfunk Sachsen, 2015
[37] Mediendienst Integration, Flüchtlinge beleben den Wohnungsbau, 2016

➡ „Die Qualität des Schulunterrichts sinkt.“[38]

Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche machen nur einen kleinen Teil der Schülerschaft in Deutschland aus: Laut einer Studie des „Mercator-Instituts für Sprachförderung" und des „Zentrums für LehrerInnenbildung" der Universität zu Köln lag ihr Anteil 2014 im bundesweiten Durchschnitt bei nur einem Prozent. Der Anteil geflüchteter Schüler dürfte noch niedriger sein.[39]

Für 2015 und 2016 rechnen die Autorinnen der Studie zwar mit einem Anstieg der Zahlen. Der Anteil neu zugewanderter Kinder und Jugendlicher an den Schulen dürfte jedoch in keinem Bundesland bei mehr als fünf Prozent liegen. Mona Massumi, Mitautorin der Studie, geht daher nicht davon aus, dass die Beschulung von Flüchtlingskindern weitreichende Konsequenzen für den Unterricht hat: „Je nach Region, Standort oder auch Schulform kann der Anteil von geflüchteten Schülern an einzelnen Schulen zwar etwas höher liegen – etwa, weil sie im Einzugsgebiet einer Flüchtlingsunterkunft liegen." In den meisten Schulklassen aber seien Geflüchtete die Minderheit. „Insgesamt deutet bisher nichts darauf hin, dass die Qualität des Unterrichts beeinträchtigt wird", so Massumi. Wichtig sei jedoch, Schulen und Lehrkräften ausreichend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, damit sie geflüchtete Schüler adäquat betreuen können.[40]

Im „Bildungsbericht 2016" zeigen sich Experten zuversichtlich, dass die Herausforderungen mit Blick auf die Beschulung von Flüchtlingskindern gemeistert werden können. So könne der Mehrbedarf von 10.000 bis 14.000 Lehrkräften zum Teil durch das „Überangebot an Lehramtsabsolventinnen und -absolventen" gedeckt werden, das für die kommenden Jahre für Westdeutschland prognostiziert werde.[41] Auf Anfrage des MEDIENDIENSTES teilten die Bundesländer mit, im Schuljahr 2015/2016 etwa 13.000 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen zu haben.[42]

➡ „Die Behörden sind überfordert.“[43]

In einer Umfrage des „Bundesverbands für Wohnen und Stadtentwicklung" beklagten mehr als 60 Prozent der befragten Großstädte, dass die Belastung durch die Aufnahme von Flüchtlingen „sehr

---

[38] infratest dimap, Umfrage für den Bayerischen Rundfunk, 2016, Seite 5
[39] Mercator-Institut für Sprachförderung und Deutsch als Zweitsprache/Zentrum für LehrerInnenbildung der Universität zu Köln, Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem, 2015, Seite 20 ff.
[40] Mona Massumi (Universität zu Köln) auf Anfrage des MEDIENDIENSTES, 04.10.2016
[41] Autorengruppe Bildungsberichterstattung, Bildung in Deutschland 2016, Seite 200
[42] Mediendienst Integration, Artikel vom 23.06.2016
[43] R+V Versicherung, Die Ängste der Deutschen, 2016, Seite 2

hoch" und „nicht mehr alleine" zu bewältigen sei. Von den kleinen und mittelgroßen Städten stimmten etwa ein Drittel dieser Aussage zu.[44]

Ein kürzlich veröffentlichtes wissenschaftliches Gutachten zeigt jedoch: Viele Bundesländer und Kommunen haben kreative und pragmatische Wege gefunden, um mit den Belastungen umzugehen.[45]

Wie gut Behörden auf kommende Flüchtlingsbewegungen und auf die Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten eingestellt sind, wird sich zeigen müssen. Jedoch gibt es einige Hinweise darauf, dass sie künftig besser aufgestellt sein werden als im letzten Jahr:

- Viele Behörden haben ihr Personal aufgestockt:
  - Dem „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge" (BAMF) und der Bundespolizei wurden 2016 insgesamt etwa 7.000 neue Stellen zugesagt (BAMF: 4.000, Bundespolizei: 3.000).[46] Die „Bundesagentur für Arbeit" hat 2.800 neue Mitarbeiter eingestellt.[47]
  - Auch in Ländern und Kommunen haben die Behörden Verstärkung erhalten. Neben mehr Lehrkräften an Schulen sind laut Medienberichten auch in Ausländer- und Sozialbehörden neue Mitarbeiter eingestellt worden.[48] Zudem stellt das Bundesbildungsministerium den Kommunen Geld zur Verfügung, um sogenannte Koordinatoren für die Flüchtlingshilfe einzustellen.[49]
- Die Zahl der Schutzsuchenden ist in den vergangenen Monaten stark gesunken: Im August 2016 wurden im EASY-System rund 18.000 Flüchtlinge registriert.[50] Im Januar waren es noch über 91.000, im Vorjahresmonat August 2015 mehr als 104.000 Menschen.[51]
- Die größten Anstrengungen werden in den kommenden Monaten und Jahren auf der Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge liegen. Die „Bundesagentur für Arbeit“, die maßgeblich hierfür zuständig ist, zeigt sich zuversichtlich, diese Aufgabe bewältigen zu können. So sagte Vorstandsmitglied Raimund Becker laut einer Pressemitteilung vom 14. September 2016: „Flüchtlinge in den deutschen Arbeitsmarkt zu integrieren, ist eine Kraftanstrengung für uns alle – die Bundesagentur für Arbeit, Verbände und Unternehmen

[44] Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Pressemitteilung vom 28. April 2016
[45] Hannes Schammann/Boris Kühn, Gutachten für die Friedrich-Ebert-Stiftung, 2016, Seiten 12 und 15; Mediendienst Integration, Artikel vom 27.09.2016
[46] Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 06.07.2016
[47] Bundesagentur für Arbeit auf Anfrage des MEDIENDIENSTES, 04.10.2016
[48] Frankfurter Allgemeine Zeitung, Artikel vom 11.01.2016
[49] Frankfurter Allgemeine Zeitung, Artikel vom 29.09.2016
[50] Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 09.09.2016
[51] Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 04.02.2016; Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 09.09.2016

sowie Bildungseinrichtungen. Wenn alle zusammenarbeiten, sehe ich gute Chancen, langfristig diese Herausforderung zu bewältigen."[52]

- Seit dem Rückgang der Flüchtlingszahlen stehen vielerorts Unterkünfte leer. Mehrere Bundesländer wie Hessen[53] und Rheinland-Pfalz[54] haben erklärt, einen Teil davon als „Reservekapazitäten" beizubehalten, um für spätere Flüchtlingsbewegungen gewappnet zu sein und Überlastungen vorzubeugen.

➡ „Der Einfluss des Islams wird zu stark."[55]

Vorbehalte gegen den Islam sind in Europa jahrhundertealt und relativ beständig. Sie sind kein neues Phänomen, das mit steigenden Flüchtlingszahlen aufgekommen ist. Auch die Angst vor einer vermeintlichen „Islamisierung" ist nicht neu, taucht aber häufiger als vor wenigen Jahren in Debatten um Flucht und Einwanderung auf.

Der Blick auf die Wanderungsstatistik zeigt: Vor wenigen Jahren war die Einwanderung nach Deutschland mehrheitlich christlich geprägt. 2013[56] etwa stammten die meisten Migranten aus Polen, Rumänien und Italien – Länder, in denen die Mehrheit der Bevölkerung christlichen Glaubens ist.[57] Muslimische Einwanderer machten sich erst 2014[58] mit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen aus etwa Syrien in der Statistik bemerkbar. Die vorläufigen Wanderungsergebnisse für 2015[59] zeigen, dass der Anteil von Muslimen an allen Einwanderern im letzten Jahr stark gestiegen ist. Der jüngste Rückgang der Flüchtlingszahlen[60] lässt jedoch vermuten, dass ihr Anteil wieder sinken wird.

---

[52] Bundesagentur für Arbeit/BASF Stiftung, Pressemitteilung vom 14.09.2016
[53] Integrationsministerium Hessen, Pressemitteilung vom 31.08.2016
[54] Integrationsministerium Rheinland-Pfalz, Pressemitteilung vom 18.03.2016
[55] infratest dimap, Umfrage für den Mitteldeutschen Rundfunk Sachsen, 2015; infratest dimap, Umfrage für den Bayerischen Rundfunk, 2016, Seite 5; infratest dimap, Umfrage für den Norddeutschen Rundfunk, 2016; infratest dimap, Umfrage für den Westdeutschen Rundfunk, 2016
[56] Statistisches Bundesamt, Wanderungen 2013, Seite 76-78
[57] Auswärtiges Amt, 2016 (eigene Berechnung): Polen, Rumänien, Italien
[58] Statistisches Bundesamt, Wanderungen 2014, Seite 70-72
[59] Statistisches Bundesamt, Vorläufige Wanderungsergebnisse 2015, Seite 6-7; Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung vom 14.07.2016
[60] Bundesministerium des Innern, Pressemitteilung vom 09.09.2016